



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

14. Sitzung (öffentlich)

14. Juni 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:25 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform	1
– Bericht des Innenministeriums	
Vorlage 14/517	
• Ergebnis	1
2 Koelnmesse-Hallen	1
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
– Bericht des Innenministeriums zum aktuellen Sachstand bezüglich der Wirtschaftlichkeitsprüfung	
• Bericht durch MDgt Johannes Winkel (IM)	1
• Diskussion	2
• Ergebnis	5

3	Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsganz einfachgesetz NRW - StaBefrG NRW)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/18605	
	– Erster Beratungsdurchgang; insbesondere Festlegung des weiteren Verfahrens	
	• Diskussion.....	6
	• Ergebnis.....	6
4	Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung, der Energieverbrauchshöchstwertverordnung und der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Energieverbrauchskennzeichnung - ZuständigkeitsVO - EnVK ZustVO).....	6
	Vorlage 14/456	
	• Ergebnis.....	6
5	Verschiedenes.....	6
	• Ausschussreise	6
	Nächste Sitzung: Mittwoch 23. August 2006.....	7

Diskussionen im Ausschuss jemandem einen Schwarzen Peter anzuhängen. – **Horst Engel (FDP)** ergänzt, das sei eine gute Klarstellung gewesen.

Horst Becker (GRÜNE) entgegnet, zu der guten Klarstellung gehöre auch, dass man auch nicht den Ball ins Ministerium spielen könne, wenn die Sachen sauber geprüft werden sollten. Man müsse sich, wenn Sie eben nicht umfänglich geprüft würden, die Frage stellen, warum sie nicht umfänglich geprüft würden. Man könne es sich nicht so einfach machen und sagen, dass der Ball im Spielfeld der Stadt Köln liege, die dann wiederum darauf verweise, dass Ernst & Young damals irgendetwas nicht geprüft habe.

Wenn man nun im Nachhinein den Sachverhalt von der Kommunalaufsicht - um die gehe es; es gehe nicht darum, dass das Innenministerium für den Sachverhalt verantwortlich sei - klären und die Frage der Wirtschaftlichkeit der damaligen Vergabe prüfen lassen wolle, müsse man Vorgaben machen, die dafür sorgten, dass die damalige Vergabe und deren Wirtschaftlichkeit genau unter Zuhilfenahme aller Fakten und nicht unter Weglassung von wesentlichen Fakten geprüft werde. Genau das sei aber das, was hier geschehe.

MDgt Johannes Winkel (IM) wiederholt, damit sich der gegenteilige Eindruck nicht festsetze, noch einmal ausdrücklich, dass nicht das Innenministerium die Wirtschaftlichkeit prüfe. Das habe er zu keinem Zeitpunkt gesagt, das habe er auch heute nicht gesagt. Er habe vorhin vorgelesen, was er beim letzten Mal gesagt habe. Die Stadt Köln habe einen Auftrag erteilt und stelle eine vergleichende Überprüfung an. Über das Ergebnis werde unterrichtet, aber das sei nicht die Prüfung durch die Kommunalaufsicht.

Horst Becker (GRÜNE) wirft abschließend ein, die Kommunalaufsicht selber habe aber etwas anderes gesagt.

Vorsitzender Edgar Moron hat die Diskussion so verstanden, dass der Innenminister noch einmal auf den Ausschuss zukommen werde, wenn das Ergebnis der Stadt Köln vorliege. Insofern bleibe das Thema auf der Tagesordnung.

3 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW - StaBefrG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1860

– Erster Beratungsdurchgang; insbesondere Festlegung des weiteren Verfahrens

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, am 18. Mai 2006 habe das Plenum diesen Gesetzentwurf dem Ausschuss federführend zugeleitet, mitberatend seien der Haushalts- und Finanzausschuss und der Innenausschuss. Es stelle sich die Frage, ob zu diesem Komplex eine Anhörung gewünscht oder ein anderes Verfahren gewählt werde, zum Beispiel die kommunalen Spitzenverbände anzuschreiben und um schriftliche Stellungnahme zu bitten. Dabei könnten gezielten Fragen der Fraktionen einbezogen werden.

Hans-Willi Körfges (SPD) ist mit der Einholung schriftlicher Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände einverstanden unter der Voraussetzung, dass im Verfolg selbstverständlich die Möglichkeit bestehen müsse, bei Erforderlichkeit noch eine Anhörung unter Einbeziehung weiteren Sachverständigen durchzuführen. Auf schriftliche Fragen seiner Fraktion wolle er erst einmal verzichten.

Horst Becker (GRÜNE) ist mit dem Verfahren aus Praktikabilitätsgründen ebenfalls einverstanden, behält sich allerdings vor, bis nächste Woche Donnerstag noch die eine oder andere spezifische Fragen über das Ausschussesekretariat nachzureichen.

Der **Ausschuss** will zunächst die kommunalen Spitzenverbände schriftlich anhören und danach über das weitere Beratungsverfahren entscheiden.

4 Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung, der Energieverbrauchshöchstwertverordnung und der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Energieverbrauchskennzeichnung - ZuständigkeitsVO - EnVK ZustVO)

Vorlage 14/456

Der **Ausschuss** nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

5 Verschiedenes

Vorsitzender Edgar Moron teilt mit, nach Festlegung der Regularien durch Präsidium und Ältestenrat könne der Ausschuss nun seine Reisepläne gestalten. Unter den Obleuten sei angedacht worden, noch in diesem Jahr eine Reise nach Österreich oder in die Schweiz mit dem Ziel zu unternehmen, sich über Fragen der Verwaltungsstruktur der jeweiligen Länder informieren zu lassen. Die genaue Antragsbegründung solle mithilfe der Fraktionsreferenten geschehen.